

Betreff:

**Einrichtung einer Mieterrechte-Anlaufstelle "Mira" nach dem
Niedersächsischen Wohnraumschutzgesetz
Änderungsantrag zur Vorlage 26-28873**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

01.06.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Vorberatung)
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Sitzungstermin

02.06.2026
17.06.2026
30.06.2026

Status

Ö
N
Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine nach außen klar erkennbare kommunale Mieterrechte-Anlaufstelle („Mira“) zur Anwendung des Niedersächsischen Wohnraumschutzgesetzes (NWoSchG) bis zum 01.01.2027 einzurichten und für betroffene Mieterinnen und Mieter niedrigschwellig zugänglich zu machen. Weiter wird die Verwaltung gebeten, sich mit dem Mieterverein Braunschweig e.V. in Verbindung zu setzen, um zu klären, ob und wie die Mira den Mieterverein bei der Durchsetzung des Mietspiegels unterstützen kann.

Sachverhalt:

Begründung erfolgt mündlich.

Anlage/n:

keine